

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabell nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Kontuzen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk. Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 42

Altensteig, Montag, den 20. Februar 1933

56. Jahrgang

Neue Zölle

Berordnung der Reichsregierung über Zollsätze landwirtschaftlicher Erzeugnisse

In der Sonntagsausgabe des Deutschen Reichsanzeigers erscheint eine auf Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Dugensberg, von Reichsminister beizulassene Verordnung über Zollmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Fischerei. Sie enthält insbesondere Maßnahmen für den Acker- und Gartenbau, für die Vieh- und Milchwirtschaft, für die Fischerei und für die Bienenzucht.

Acker- und Gartenbau. Im einzelnen ist folgendes besonders hervorzuheben: Die neuen Zollsätze betragen für Suchweizen 10 RM., Spelz-Erbisen 20 RM., Futtererbsen und Lupinen 10 RM., Roggen- und Timotheehafer 26 RM., andere Grasstrohen 50 RM., Grünfütter, Heu und Stroh 3 RM. je Doppelzentner. Ferner sind die Zölle für Rottkohl, Wirsingkohl und Weißkohl auf 8 RM. und für Salat auf 20 RM. je Doppelzentner erhöht worden, wobei allerdings für die letzteren die noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen das Wirksamwerden des Zollsatzes für bestimmte Jahreszeiten noch nicht ermöglicht.

Vieh- und Milchwirtschaft. Auf dem Gebiete der Vieh- und Milchwirtschaft sind zunächst in Ergänzung der Verordnung vom 8. Februar 1933, durch die Vieh-, Fleisch- und Schmalzölle erhöht worden sind, die Zölle für rohes Schweine- und Gänsefleisch, für Blumen und premieres, sowie für Kindertala entsprechend geregelt worden. Ferner ist für Kaffeebohnen eine Erhöhung des Zollsatzes von 40 auf 90 RM. und für eingedickte Milch von 60 auf 90 RM. je Doppelzentner vorgenommen worden.

See- und Binnenfischerei. Weiter wurden in der Verordnung die Zölle für die Erzeugnisse der See- und Binnenfischerei neu geregelt. Der Zoll für frische Seefische beträgt in Zukunft 10 RM., für getrocknete 15 RM. je Doppelzentner; für Sprotten ist ein besonderer Zoll von 5 RM. je Doppelzentner festzusetzen, während frische Dorsche wie bisher zollfrei bleiben. Die Zollsätze für Karpfen, Schleie, Forellen, Lachs und Hechte betragen in Zukunft 50 RM., für nicht lebende Fische dieser Arten 40 RM. je Doppelzentner. Für Aale in der Zeit vom 1. Juni bis 30. November 60 RM., in der sonstigen Jahreszeit 10 RM. je Doppelzentner; der Zoll für 10 RM. gilt auch für alle übrigen Süßwasserfische. Eine entsprechende Regelung ist auch für die Zölle für zubereitete Fische erfolgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird im Einvernehmen mit den beteiligten Produktionsweinen dafür Sorge zu tragen, daß die Gebiete, die bisher sich zu einem erheblichen Teil mit ausländischen Fischen versorgten, in Zukunft in ausreichendem Maße mit deutschen Fischen beliefert werden.

Zur Förderung des Abzuges deutschen Bienenhonigs wird der Zoll für Honig auf 80 RM. je Doppelzentner erhöht.

Neuregelung der Holzölle

Berlin, 19. Febr. Im Deutschen Reichsanzeiger wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Zölle für Holz neu geregelt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die Erhöhung des Zolles für hartes Rundholz auf 36 RM. und für härteres Kadelrundholz auf 40 RM. je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf 3 RM. und für solche aus Nadelholz auf 2,50 RM. je Doppelzentner festgesetzt. Die Zölle für Holzwaren sind entsprechend festgesetzt worden.

Diese Zollerhöhungen waren notwendig, um der schwer betroffenen deutschen Forstwirtschaft in härterem Maße, als das bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern und überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahmen zu erwartende Verbesserung des Abzuges für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zurzeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen. Dadurch wird nicht nur der privaten Forstwirtschaft geholfen, sondern auch den Ländern und Gemeinden, in deren Hand etwa 50 v. H. der gesamten Waldfläche sich befindet und die infolge der bisherigen niedrigeren Preise nicht mehr wie bisher Einnahmen aus ihrer Forstwirtschaft halten, sondern sogar aus allgemeinen Steuereinkünften erhebliche Zuschüsse leisten mußten.

Die Bemessung des neuen Schnittholzzolles wird teils die Beschäftigungsmöglichkeit in der Holzindustrie wesentlich bedeu und damit von unmittelbarer Wirkung auf den Arbeitsmarkt sein, der gerade in der Holzwirtschaft einen besonders hohen Prozentsatz von Arbeitslosen aufweist.

Die Zollerhöhungen für Rund- und Schnittholz haben es ermöglicht, auch die Zölle für Holzwaren in einem abwärts gerichteten Maße zu senken. In einer im Reichsanzeiger erschienenen Verordnung werden demnach a. a. die Zölle für Furniere, Häker, Holzwerkzeuge, Lärn- und Fensterrahmen, Kinderstühle aus Holz usw. neu festgesetzt. Es wird gleichzeitig die schon lange erkrankte Kistenfabrikation für Kisten und Kistenbretter einbegünstigt.

Die sozialpolitischen Erleichterungen

Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung

Berlin, 19. Febr. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1

Sozialversicherung

§ 1. Wenn eine Rente aus der Invaliden-, der Angehörigen- oder der Inanspruchnahme der Invalidenversicherung auf Grund der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 299, 723) neben Bezügen aus den dort aufgeführten Versorgungsstellen oder neben Bezügen auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung ruht, darf der ruhende Teil weder zwei Drittel der Rente noch den Betrag von 50 Mark monatlich übersteigen.

§ 2. Zur Deckung des Aufwandes der von Trägern der Invalidenversicherung hierdurch entsteht, zahlt das Reich jährlich 15 Millionen RM. Um diesen Betrag erhöht sich der Reichsbeitrag für die Invalidenversicherung.

Artikel 2

Reichsversorgung

Die §§ 30 und 41 des Reichsversorgungsgesetzes in der Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosengelder und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Woblfahrtsleistungen der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt Seite 273 und 276) sind mit der Änderung anzuwenden, daß überall die Worte „Vollendung des 15. Lebensjahres“ durch die Worte „Vollendung des 16. Lebensjahres“ ersetzt werden.

Artikel 3

Schlaflosigkeiten

1. Diese Verordnung tritt am 1. April 1933 in Kraft.

2. Kinderauslage und Waisenrente nach Artikel 2 werden vom 1. April 1933 ab bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres auch gewährt wenn der Anspruch infolge Vollendung des 16. Lebensjahres am 1. April 1933 bereits erloschen war und die Wiedergewährung bis zum 30. September 1933 beantragt wird.

3. Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Er kann die Reichsversicherungsordnung, das Angehörigenversicherungsgesetz und das Reichsinvaliditätsgesetz zwecks Anpassung an diese Verordnung ändern.

Die amtliche Erläuterung

Amlich wird verkündet: Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung halten es für eine der vordringlichsten Aufgaben, die durch die Notverordnungen hervorgerufenen Härten soweit und sobald als möglich zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Dem Herrn Reichspräsidenten liegen dabei vor allem die Kriegsopfer, vornehmlich also die alten Soldaten, deren Angehörige und Hinterbliebenen am Herzen. Er hat es daher besonders begehrt, daß die Reichsregierung ihm bereits jetzt einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege vorgeschlagen hat. Die neuen Maßnahmen sind teils durch eine Notverordnung angeordnet, die der Herr Reichspräsident schon unterzeichnet hat, teils im Verwaltungswege durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht. Die Einzelheiten werden anschließend kurz erläutert.

Die Reichsregierung wird, soweit es die finanzielle Lage gestattet, auf dem Wege der Beseitigung von Härten weiter gehen. Der Herr Reichspräsident hat seine besondere persönliche Anteilnahme an dem Fortgang dieser Arbeiten der Reichsregierung bekundet.

Der Inhalt der neuen Notverordnung ist folgender: Durch die von dem Herrn Reichspräsidenten am 19. Februar 1933 vollzogene Verordnung wird die Anrechnung von Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten auf die Renten aus der Invaliden-, Angehörigen- und Inanspruchnahme der Invalidenversicherung dahin wesentlich gemildert, daß vom 1. April 1933 ab der ruhende Teil dieser Renten weder zwei Drittel noch den Betrag von 50 RM. übersteigen darf. Es erbleibt dem Berechtigten somit neben seinen Versorgungsgebühren mindestens ein Drittel seiner Bezüge aus der Sozialversicherung während diese Bezüge hierbei unter Umständen in so hohem Umfange wegfallen. Eine entsprechende Regelung gilt übrigens auch für pensionierte Beamte, die neben ihrer Pension Bezüge aus der Sozialversicherung erhalten.

Das Reichsversorgungsgesetz wurde dahin geändert, daß Kinderauslagen und Waisenrenten vom 1. April 1933 ab bis zur Vollendung des 16. (bisher des 15.) Lebensjahres zu zahlen sind. Bei Berufsausbildung können die Bezüge wie bisher bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden.

Ferner werden auf dem Gebiete der Reichsversorgung im Verwaltungswesen folgende Erleichterungen angeordnet:

Die Hauptversorgungsämter werden ermächtigt zur Erhaltung der von Zwangsversteigerungen bedrohten Eigenheim der Kriegsbeschädigten, die eine Kapitalbindung erbolten haben, im Unterstützungsweg Beschlüssen zur Erhaltung der mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten zu gewähren. Außerdem werden zur Unterstützung gewisser weiterer Gruppen von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz verstorbenen Witwen, die nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, erhalten künftig in größerem Umfange als bisher Zulagen. Endlich sind auch die Bestimmungen über Zuschüsse für ehemalige Offiziere und ihre Hinterbliebenen gemildert worden.

Die gesamten Maßnahmen fordern einen Mehraufwand von etwa 20 Millionen RM. jährlich. Soweit der Mehraufwand bei den Trägern der Invalidenversicherung entsteht, wird er vom Reich erstattet.

Hitler-Rede in Köln

Köln, 19. Februar. Als Abschluß eines Treffens der rheinischen Nationalsozialisten fand am Sonntagabend in der Kölner Messehalle eine Massenversammlung statt, in der Reichskanzler Adolf Hitler sprach. Mit förmlichen Beifallstundgebungen nahmen es die Versammlungsbesucher auf, als unter Borantritt einer uniformierten Polizeikapelle mehrere Hundertschaften der Kölner Schutzpolizei mit einer großen Fahnenkreuzfahne einmarschierten, wobei die Polizeioffiziere und die Schutzleute die Arme zum Hiltlergruß erhoben. Den Polizisten folgte eine Abteilung der städtischen Straßenbahner in Uniform. Nachdem die Fahnen und Standarten der SA. und SS., der Ortsgruppen und der Hitlerjugenden durch Delegationen heringeführt waren, erschien mit förmlichem Jubel begrüßt, der Parteiführer Reichskanzler Hitler. Von kleinen Knaben und Mädchen wurden ihm Blumensträuße überreicht. Es währte längere Zeit, bis sich der Lärm der Begrüßungsfundgebungen gelegt hatte und der Kanzler das Wort nehmen konnte.

Der 30. Januar 1933, so führte er aus, wird in der deutschen Geschichte fortleben als der Tag einer unerhört großen Umwälzung, größer als die Umwälzung im November 1918. Damals trat im Grunde genommen nur eine Parteiwelt nach außen, die innerlich Deutschland schon vorher beherrscht hat. Die Presse als Macherin der öffentlichen Meinung und das Kapital, sie waren schon vor dem November 1918 bereits die gestaltenden Kräfte unseres politischen Lebens, so wie sie es nachher waren. Nur etwas hat sich damals vielleicht geändert, vor der Revolte waren diese Parteien und diese Presse unter der Decke bestimmend, und nach dieser Novemberrevolte begannen sie frei und offen zu herrschen. Das Ergebnis dieser 14jährigen Herrschaft ist ein Zusammenbruch, wie ihn Deutschland schlimmer noch nicht erlebt hat. Wir übernehmen von dieser Herrschaft ein schlimmeres Erbe, als sie es 1918 übernahmen. Im November 1918 haben die jetzt überwindenen Parteien nicht ein bereits verelendetes Volk übernommen, sondern ein Reich, das in seiner Kraft und seiner Stärke viereinhalb Jahre lang einer Welt standhalten konnte. Trotzdem haben die bisher herrschenden Parteien dieses Reich und dieses Volk in einen Zustand des furchtbarsten Elendes gebracht. Ich kann nicht mehr verantwortlich gemacht werden für das, was seit 1918 von den herrschenden Mächten angerichtet wurde. Ich schließe vor 15 Jahren als einfacher unbekannter Ausletter auf dem Kölner Hauptbahnhof. Ich habe unsere Bewegung erst geschaffen, als ich sah, daß Deutschland durch jene Leute ins Verderben gerissen wurde. Ich habe mir das Ziel gesetzt, den verderblichen Marxismus zu bekämpfen. Aber mit diesen Marxisten hat sich dasselbe Zentrum verbündet, das jetzt mit einem Aufbruch gegen uns ankämpft. Der Reichskanzler verlas hierauf aus dem bekannten letzten Aufbruch der Zentrumsvorbände die einzelnen Sätze, um dann unter dem Beifall der Versammlung darauf zu antworten.

Wenn das Zentrum uns vorwirft, wir hätten die Ordnung gestört, so will es damit offenbar den Anschein erwecken, als hätten in den letzten 14 Jahren Ruhe, Sicherheit, Friede, Zucht und Disziplin geherrscht, und erst seit drei Wochen seien sie ins Wanken geraten. (Stürmisches Gelächter). In dem Aufbruch wird weiter ausgeführt, man müsse die Treue gegenüber dem Schwur auf die Verfassung aufrechterhalten. Jawohl, das Wort habe ich gern. Ich war Soldat und habe einen Schwur geleistet. Diesen Schwur habe ich gehalten und ich habe ihn nie vergessen und begreife nicht, wie leicht die anderen diesen Schwur von



damals preisgeben konnten. Wenn in dem Aufruf weiter an uns die Aufforderung gerichtet wird, wir sollten auch die Freiheit des Gegners achten, so frage ich, ob man unsere Freiheit geachtet hat. Ich könnte an viele Männer erinnern, die verfolgt worden sind, weil sie für Deutschlands Recht und Freiheit kämpften. Man verlangt die Fortsetzung unseres Programms. Ich will nicht meine Arbeit mit der Lüge beginnen, daß wir vielleicht mit einer neuen Notverordnung gleich nach der Wahl das deutsche Reich retten und alles ordnen können. In den 14 Jahren ist Deutschland so verfallen, so zerstört worden, die deutsche Wirtschaft ist so erschüttert, die deutschen Finanzen sind so in Anarchie, daß es jahrelanger Arbeit bedarf, alles wieder gut zu machen, was die anderen in 14 Jahren zerrümmert haben. Nach vier Jahren werde ich mein Werk dem Urteil des Volkes überlassen. Dieses neue Reich wollen wir aufbauen nicht durch solche Methoden, bei denen die Grenzen zwischen Privateigentum und Staatseigentum verwischt werden. Wir wollen schaffen das große Deutschland eines sozialen und gerechten Ausgleiches unter Vermeidung von Standesvorurteilen und Klassenwünschen, unter Beiseitigung von Interessentengruppen, die nur sich sehen und nicht die Nation. So wird kommen dieses Reich der Einheit und der Größe und der Kraft und der Herrlichkeit.

Der französische Schritt in Wien

Schändliche Vorkriegsmethoden

Die durch die Veröffentlichung eines italienischen Blattes bekanntgewordene Note des französischen Gesandten in Wien kann als eines der sensationellsten Dokumente seit den Tagen des Waffenstillstandes bezeichnet werden. Die an sich wenig wichtige und z. B. mit dem zwischen Frankreich und Südbalkan betriebenen Waffenhandel an Bedeutung überhaupt nicht vergleichbare Hirtenberger Angelegenheit wird zu einem Zwischenfall aufgewertet, an dem nur noch die diplomatische Seite Interesse hat. Die Note nimmt sich in Ton und Inhalt unverkennbar die Ultimaten aus der Zeit der Balkanwirren, aus denen schließlich der Weltkrieg hervorgegangen ist, zum Vorbild und fordert einen für die gegenwärtige französische Diplomatie sehr bedenklichen Vergleich mit dem Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien heraus. Das offizielle Frankreich widerlegt selbst die Aufrichtigkeit seiner noch fortdauernden Kriegsschuldtheorie und zeigt, daß es aus den Ereignissen nichts gelernt hat, indem es einen Waffentransport, aus dem kein Staat der Kleinen Entente ernsthaft eine Lebensfrage machen kann, zum Anlaß ultimativer Forderungen macht. Die von der Kleinen Entente von Anfang an gewünschte, aber von Frankreich wie von England als politisch sehr unerwünscht und diplomatisch offenbar unmöglich abgelehnte Einleitung einer Untersuchung durch den Völkerbund erscheint am Schluß der französischen Note nur noch als verlausulierte Rechtsverwahrung. Die Note ist von diesem Standpunkt ein Verlegenheitsprodukt und deshalb dürfte sich auch England mit Rücksicht auf das Kopenhagener Konventionsabkommen diesem Schritt in Wien anschließen haben.

Französische Forderungen an Oesterreich wegen der Hirtenberger Waffenangelegenheiten

Wien, 18. Febr. Der Wiener Korrespondent des „Giornale d'Italia“ ist in der Lage den Text der sehr heftigen Note der französischen Regierung zu veröffentlichen, den diese wegen der Hirtenberger Waffenangelegenheiten an die österreichische Bundesregierung gerichtet hat. Der Korrespondent bemerkt, daß auch England diese Note seine Zustimmung gegeben habe, in der die italienische Regierung von einer Verletzung des Artikels 134 des Vertrages von St. Germain spricht. Die in der Note enthaltenen Forderungen der französischen Regierung sind in fünf Absätzen zusammengefaßt und lauten nach dem vom „Giornale d'Italia“ veröffentlichten vollständigen Text wie folgt:

1. In Uebereinstimmung mit den vorhergegangenen Verpflichtungen muß die französische Regierung das nötige veranlassen, um die Zulassung für eine vollständige Rückbefragung an

den ursprünglichen Speiditeur der in Hietzenberg und Steyr deponierten Waffen zu erlangen.

2. Für den Fall, daß diese Waffung auf die Weigerung des Speiditeurs ruhen sollte, wird die österreichische Regierung zu der Zerlegung der in Frage stehenden Waffen gezwungen.

3. Die österreichische Regierung wird den Vertretern Frankreichs und Englands den Beweis für die Zurücksendung der Waffen oder für ihre Zerlegung zu liefern haben. Im einen wie im anderen Falle haben die Bundesbehörden diese Erklärungen unter Eid abzugeben.

4. Die österreichische Regierung wird eine Untersuchung durchführen zur Feststellung, ob ein Teil dieser Waffen über die österreichisch-ungarische Grenze weitergeleitet worden sei. Die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen den Vertretern Frankreichs und Englands mitgeteilt werden. Zutreffendfalls muß die Zahl der auf diese Weise weitergeleiteten Waffen angegeben werden.

5. Zur vollständigen Durchführung dieser Maßnahmen wird eine Frist von zwei Wochen, gerechnet vom Datum der Note ab, festgelegt.

Der französische Gesandte hat dem Auftrag hinzuzufügen, daß die vorliegende Mitteilung selbstverständlich in keiner Weise das Recht sämtlicher Regierungen präjudizieren kann, die Frage dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, für den Fall, daß die Umstände ein solches Vorgehen notwendig machen sollten.

Wieder Erklärungen

Wien, 18. Febr. In einer vom „Giornale d'Italia“ veröffentlichten angeblichen Note Frankreichs an Oesterreich in der Hirtenberger Waffenangelegenheit berichtet die „Neue Freie Presse“, sie erlöste vor zukünftigen Stellen, daß im Bundeskanzleramt keine Note Frankreichs überreicht worden sei. Es habe lediglich ein Besuch der Vertreter Frankreichs und Englands im Bundeskanzleramt stattgefunden. Der französische Gesandte habe bei dieser Gelegenheit ein Aide-memoire überreicht.

Wiener Blätterstimmen zur französischen Note

Wien, 18. Febr. Die „Neue Freie Presse“ weist zunächst auf die außerordentliche Erregung in Italien hin und fährt weiter aus. Die Note verleiht recht deutlich die Empfindung, daß wir in einem selbständigen Staat leben. Die Regierung Dolfus wird einen schweren Stand haben gegenüber so heftigen auswärtigen Pressionen. Wegen der Reparatur von schädlichen 50 000 Gewehren sollten doch nicht so wichtige Interessen verletzt werden, wie die moralische Existenzfähigkeit von Oesterreich. Wir wollen und brauchen unter jeder Bedingung die Neutralität, aber man unterläßt diese Tendenz nicht durch solche diplomatische Scherfheiten.

China ist im Recht

Genf, 18. Febr. Der Präsident der außerordentlichen Völkerbundversammlung, der belgische Außenminister Symans, hat die Völkerbundversammlung zur Behandlung des chinesisch-japanischen Zwists für Dienstag, den 21. Februar, einberufen. Gleichzeitig ist der Bericht des Kreuznehmer-Ausschusses veröffentlicht worden. Der Wortlaut bestätigt, daß der Völkerbund in seiner Auffassung China im Recht gibt. Es wird festgestellt, daß die Bemühungen, zu einer Regelung mit Zustimmung der Parteien zu kommen, gescheitert sind. Die Botschaften, die die China nach dem 18. September 1931, dem Beginn der Feindseligkeiten gegenüber Japan, ergriffen hat, werden als berechtigte Vergeltungsmaßnahmen bezeichnet. Weiter wird festgestellt, daß die militärischen Maßnahmen, die Japan seit diesem Tage in der Mandchurei ergriffen hat, nicht als zulässige Verteidigung anerkannt werden könnten, daß die neue mandchurische Regierung eine japanische Gründung sei die von der Mehrheit der Bevölkerung in der Mandchurei abgelehnt werde, und daß die Anerkennung der Mandchurischen Regierung durch Japan nicht mit dem Geiste des Völkerbundes vereinbar sei. In den Empfehlungen für Regelung des Zwists hält sich der Bericht an die im Vorkon-Bericht aufgestellten Grundsätze. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Souveränität über die Mandchurei China zugehört und daß Japan seine Truppen zurückzuziehen habe. Für die Mandchurei wird Selbstverwaltung unter der Souveränität Chinas vorge schlagen.

Das japanische Kabinett hat zu den Genfer Verhandlungen folgendes beschlossen: Japan lehnt die Empfehlungen des Kreuznehmer-Ausschusses ab, bezieht darauf, daß die japanische Delegation zum Vorkon-Bericht vom Völkerbund als Grundlage zur Beurteilung der politischen Lage im Fernen Osten anerkannt wird und verlangt die Anerkennung Manchuikus durch des Völkerbund.

Zuspitzung der Lage in Jehol

Peking, 18. Febr. (Reuter.) Die Japaner haben, wie aus offizieller chinesischer Quelle verlautet, an den chinesischen Befehlshaber in Hailang (Nordost-Jehol) ein Ultimatum gestellt, in dem sie ihn zur unverzüglichen Räumung der Stadt aufforderten, widrigenfalls sie die Stadt anzugreifen würden. Die Chinesen haben sich entschlossen, das Ultimatum zu ignorieren.

Neues vom Tage

Botschafter Radolny in Berlin

Genf, 19. Febr. Botschafter Radolny ist Samstag nachmittag in Begleitung des Generals Schönheinz nach Berlin gereist, wo er am Sonntag eintraf. Die beiden Delegierten auf der Abrüstungskonferenz werden mit den zuständigen Stellen die Fragen, die durch die Diskussion des französischen Plans auf Schaffung eines einheitlichen Typus der Feuerorganisation der europäischen Festlandstaaten aufgeworfen worden sind, besprechen. Botschafter Radolny wird am Dienstag wieder nach Genf zurückkehren.

Auch die „Germania“ verboten

Berlin, 19. Febr. Eine Reihe katholischer Verbände, die Arbeiter-, Beamten- und Frauen-Vereine und ähnliche Organisationen hat vor zwei Tagen einen Aufruf erlassen. Wegen des Abdrucks dieser Kundgebung ist vom Berliner Polizeipräsident das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania“, und die im gleichen Verlag erscheinende „Märkische Volkszeitung“ mit Wirkung von Sonntag an auf drei Tage verboten worden.

Aufhebung des Verbotes der Zentrumsbücherei

Berlin, 19. Febr. Sonntag vormittag fand eine Besprechung zwischen dem Reichsminister a. D. Dr. Marx (Vorwender der katholischen Verbände und des Mitgliedes des Reichstages Dr. Bodel (Generalsekretär der Zentrumspartei) und dem Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, über den Aufruf der katholischen Verbände und die damit zusammenhängenden Zensurverbote statt. In dieser Besprechung erklärten Dr. Marx und Dr. Bodel, daß sie glaubten, im Sinne der katholischen Verbände, die den Aufruf unterzeichnet haben zu danken, wenn sie jetzt die Erklärung abgaben, daß in dem Aufruf in keiner Weise eine Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung gemeint sei, sondern daß der Aufruf von der Seite der politischen Entwicklung getragen war, wie sie nach Meinung der katholischen Verbände in Zukunft nehmen konnte. Daraufhin entschloß sich der Reichsminister Göring das bereits verbundene dreitägige Verbot der Zeitungen aufzuheben, da durch die obige Erklärung der Standpunkt der Regierung Genugtuung erlitten hat.

Kundgebung für den ehemaligen bayerischen Kronprinzen in München

München, 19. Febr. Bei der Aufführung des „Vogelhändler“ am Nationaltheater kam es bei der großen Schluss-Szene des zweiten Aktes zu kümmerlichen Kundgebungen. Als sich die Fahnen der bayerischen Resimenter vor dem Kurfürsten senkten und die Musik „Gott mit dir, du Land der Bayern“ intonierte, erhoben sich die Zuhörer zu Ehren des anwesenden Kronprinzen Knorrek und grüßten mit dem Ruf „Hoch Knorrek“ den dankend sich verneigenden Kronprinzen. Die Ovationen wiederholten sich noch mehrmals.

Roman von Ida Bay-Erd
Frauenschicksale
Copyright by Romanverlag „Die“, Berlin-Schmargendorf
48. Fortsetzung

Sie gingen. Andreae fühlte den Blick, den betrachtenden, zwingenden, heißen. Als er sich zum Gehen wandte, sah er in diese Augen. Und sein Herz erschauerte vor der jörnigen Leidenschaft, die ihm entgegenstrahlte — wie Haß —

Sie blieb zurück. Und durch den grauen, kalten Tag, durch das Schneetreiben, vom Winde förmlich vorwärts geschoben, schlich sie heim.

Die hohe Flamme des Jornes fiel in sich zusammen. Er hatte sie nicht verleugnet. Er hatte sie ja einfach nicht mehr zu kennen. Sie gingen einander nichts mehr an.

Und seine Mutter war hier? „Kinder“, sagte jener alte Herr? War das nur so eine Redensart, wie sie alte Leute jüngerer gegenüber oft in der Gewohnheit haben? Oder feierte man hier Verlobung? War dies blonde, graziöse, vornehme Mädchen seine Braut? Warum nicht? Er war ja frei — frei — seit einem Jahr.

Ob er wohl ihr verträgliches Kleid bemerkt und es wiedererkannt hatte, daß es noch immer dasselbe sei? Und die Tante? Er hatte damals die Wahl mit jenem Geschmaack entscheiden müssen. Ja, die war noch nicht getragen und die Liebe schon — aus —

Wer wußte aber, wie alles gekommen sein würde, wenn sie nicht nach Berlin gegangen wäre?

Von überallher hätte er sie sich zurückholen können. Nur gerade von Faulkas Seite nicht. Und ohne Bestimmen ging sie zu Faulka, um ihr zu sagen, daß sie ihr für immer Liebeswohl bieten müsse.

Es war vielleicht nur ein gieriges Bedürfnis nach irgend einer Aufregung, nach irgend einem Ereignis in der duldenden, einsörmigen Stille ihres Lebens, das sie trieb. Der Durst, jemand zu kränken, weil sie sich selbst tödlich gekränkt fühlte. Das blinde Verlangen, die Eifersucht die in ihr brannte, zu stillen — und weil sie das blonde Mädchen nicht erreichen konnte, wußte sie sich auf jene, die in keiner Vergangenheit keine Leidenschaft befeuert hatte.

Faulka, die unwillig war, sich in ihrer Arbeit gestört zu sehen, versagte aber vor Erstaunen ihren Verräter.

„Ich will dir immer dankbar bleiben für alles, was du für mich getan hast, aber ich hätte niemals zu dir kommen dürfen. Er war stets dagegen, Du und ich, wir durften nichts teilen!“ sagte Ebba.

Ihr Gesicht war rot, ihre Wangen brannten, ihre Stimme war heiser. Die andere sah es wohl, von Jurechnungsfähigkeit war keine Rede.

„Du bist verrückt!“ sagte sie ruhig, sich in ihrem Schreibstuhle zurücklegend und zu Ebba emporsehend, „was geben dich seine Vorurteile gegen meine Person an? Was weiß er von mir? Er kennt mich ja gar nicht! Wie kann ein Mann sich anmaßen, ein Weib kennen und beurteilen zu wollen, mit dem er sich einmal in kurzen Rausch einer Leidenschaft zusammenfindet? Er weiß nichts von meiner Arbeit, meinen Zielen, meiner Entwicklung. Er weiß bloß, daß ich schöne Augen hatte und dürftige Lippen. Ein Mensch kennt den anderen nur, wenn er ihn in seiner Arbeit genau beobachtet, verfolgt, versteht. Also, Herr Doktor Andreas Altneser kennt mich nicht.“

„Aber doch — du allein — ja gewiß, wäre ich nicht zu dir gegangen, hätte er mich zurückzugewinnen versucht.“

„Ach — so herum?“ sagte Faulka.

Sie stand auf, ging nachdenklich hin und her und dachte immer: Armes Kind — armes Kind!

Küchelt lächelte sie ein bißchen melancholisch in sich hinein. Es gibt keine Vergangenheit, dachte sie; wie ich's immer sage; alles, was war, behält ganz verborgen die Kraft einer Gegenwart und kehrt immer wieder auf.

Sie trat an Ebba heran und legte eine Hand auf ihre Schulter.

„Ich verstehe vollkommen, was in dir vorgeht. Also lebe wohl! Nur weißt du, wenn's dir einmal ganz schlecht geht — keinen unnützen Hochmut dann. Ich denke noch lange Kurfürstentstraße 36 wohnen zu bleiben.“

„Faulka“
„Es ist gut, Adieu!“
Das Verlangen war gestillt. Ein jämmerliches Gefühl blieb zurück.

Trude schlug die Hände über den Kopf zusammen und wollte auf der Stelle eine Veröhnung anbahnen. Aber es wäre Ebba zu kindlich vorgekommen, jetzt um Verzeihung zu

bitten. Da, als Faulka so lächelnd wehmütig sagte, daß sie noch lange Kurfürstentstraße 36 wohnen zu bleiben denke, da sah ihr die Bitte, nein, der Schrei: „Bergib!“ schon im Halse.

Aber nur in dem Augenblick, ganz auf seltscher Tat konnte er ausgerufen werden. Schließlich begriff Trude das, hatte auch das Gefühl, daß es Faulka vielleicht liebte, sich für eine Weile unnahbar zu machen, und sagte nur noch: „Du beraubst dich selbst deiner Freude!“

Ja, das tue ich immer, dachte Ebba.

Weihnacht kam, und Trude reiste richtig zu ihrem Bruder. Bis eine Stunde vor Abgang des Zuges arbeitete sie noch mit Ebba und legte dann schnell und leicht ein bißchen Wäsche und ein Kleid in ihren Handkoffer, und mit einemmal war sie weg.

Nun war Ebba allein. Sie hatte einen ganzen Haufen von Arbeit vor sich für die wenigen Ferientage: einen großen deutschen Aufsatz: Goethes Leben und Werte von 1776 an. Aus Völkerei kamen zwei Mädchen. Eines von Tante Luise, enthaltend einen Kleiderstoff und ein Duzend Taschentücher nebst etwas selbstgebackenem Kuchen; eines von Helene, mit Parfüm, Seife, Kosmetika und einem Köppingschen Glas.

Ebba wußte nicht, ob sie lachen oder weinen sollte: Kleiderstoff und Taschentücher waren von der besten, soliden Qualität, wie sie Tante Luise sonst für ihre Köchin einkaufte; die Tante hatte wohl gedacht, daß es jetzt besonders darauf ankäme, daß die Sachen hielten, nicht, daß sie hübsch seien. Helene's Sendung aber paßte für die Bedürfnisse einer sehr luxuriösen Dame.

Seine allernächsten Verwandten haben die richtige Tare für mich verloren, dachte sie und wußte es förmlich finden.

Aber sie brach in Tränen aus.

Sie redete sich ein, es sei Sentimentalität, daß sie heute das Alleinsein schwer empfinde. Es gab ja Tausende von Einsamen, die es auch nicht besser hatten!

In der Wohnung war es laut, und würzige Dämpfe zogen durch die Lüftung. Die Frau kochte für ihren Mann und zwei seiner Kumpans Körper in Bier, und es schien lauter Eintracht und Fidelity heur' zwischen den Gatten. Die besorgtenen Eh- und Trinkenüsse machten die Gemüter wohl friedlich.

Mit einemmal kam es Ebba grotesk vor, daß sie hier saß und über diese Menschen interessiert nachdachte. Ihr ganzes Berliner Leben kam ihr grotesk vor. (Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 20. Februar 1933.

Am gestrigen Sonntag bildete unser Schlittschuh-Team, der prachtvolles Eis aufweist, eine große Anziehungskraft aus. Obwohl es am Freitag und Samstag etwas schneite, reichte der Schnee bei uns doch nicht zum Schlittschuhlaufen aus. Auf dem Ruhestein, dem Kniebis und der Zucht konnte der weiße Sport dagegen bei 10-15 Zentimeter Schneehöhe ausgeübt werden. Ein große Anziehungskraft übte auch das Fußballspiel auf unserem Sportplatz aus, bei welchem Altensteig gegen den Sportverein Altbürg die erste Mannschaft mit 5:2 und die zweite mit 2:0 Tore gewann. — Die Beerdigung des durch Unglücksfall so früh aus dem Leben geschiedenen Schreiner Friedrich Klafz in Altensteig-Dorf lenkte die Schritte vieler Leidtragender zum Dorf. Auch zahlreiche Altensteiger gaben dem so früh gestorbenen allgemein geschätzten Mann das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte.

Wahlversammlung des Kampfbund „Schwarz-Weiß-Rot“

Bei der gestern nachmittag im „Waldhorn“ vor zahlreichen Zuhörern stattgefundenen Wahlversammlung sprach der deutsche Landtagsabgeordnete Redaktor Dirzel aus Stuttgart über das Thema: „Der Schicksalskampf um Deutschland“. Nachdem Rühlbeister Silber die Anwesenden begrüßt hatte, machte der Redner u. a. folgende Ausführungen: Von der derzeitigen schlechten Lage im deutschen Vaterland zu sprechen, sei müßig, die Widerstandskraft des deutschen Volkes sei so stark, um auch die derzeitige schlechte Lage zu überwinden. 1918 hätten die neuen Machthaber dem Volk die wahre Lage verschwiegen und eine glänzende Zukunft versprochen. In den letzten 14 Jahren sei das deutsche Volk nicht herausgehoben, sondern noch tiefer hineingeritten worden. Es sei den Regierungen wichtiger gewesen, die im November 1918 gemachten Errungenschaften zu behalten, als die Belange ihres Vaterlandes zu vertreten. Das deutsche Volk habe das Recht, nicht zu verzeihen, sondern die fortzulagen, die die derzeitige Lage bewußt verschuldeten. Man könne von der jetzigen Regierung nicht verlangen, die Verfassung zu halten. Die vorangegangenen Regierungen hätten selbst Schuld über sich gebracht. Das deutsche Volk wolle leben, könne aber nicht von Paragrafen leben. Das Wirtschaftsprogramm des Herrn Papen wäre viel wirksamer zum Ausdruck gekommen, wenn man Quertreibereien unterlassen hätte. Es seien dadurch, daß Hitler sich nicht selbst überwinden habe, wieder Monate verloren gegangen. Die Gründung der jetzigen Regierung sei die wichtigste Entscheidung seit 1918, und es sei die oberste Aufgabe dieser Regierung, die Gefahren des Bürgerkrieges zu bannen. Es sei deshalb eine sehr wichtige Frage, ob Hitler sich nicht nur als Parteiführer, sondern auch als Staatsführer bewähren. Es sei eine harte Entscheidung, daß Hugenberg die wirtschaftlichen Ministerien übernommen habe. Das Kabinett Hitler sei geführt von einem Mann, der außergewöhnlich verehrt werde, ferner sei in ihm das Wirtschaftsgenie Hugenberg und v. Papen mit christlich-konservativem Glauben, sowie Selbste, der sich um den Arbeitsdienst sehr verdient gemacht habe. Man müsse mit aller Anstrengung verhindern, daß zwischen Nationalsozialisten und Zentrum eine Verbindung zustande komme, weil dies die Wirtschaft ruinieren würde. Hitler müsse gewarnt werden, an ungeeignete Parteigenossen Wäpchen zu verteilen. Wenn die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen-Selbste stand haben soll, müsse 1. Hindenburg am Leben bleiben, 2. Hitler ein Staatsmann werden, 3. Hugenberg dabei bleiben. Die Deutschnationale Volkspartei müsse so stark wie möglich aus der Wahl hervorgehen, um unmöglich zu machen, daß Zentrum und Hitler sich koalieren und Hugenberg wegdiskreditieren. Die Deutschnationalen hätten kein Interesse daran, gegen Hitler zu kämpfen, aber Hugenberg würden sie kennen, was bei anderen nicht der Fall sei. Es sei das Verdienst des Christlichen Volksdienstes, daß durch ihren Austritt die Deutschnationalen seinerzeit so geschwächt worden seien, daß Hitler dem deutschnationalen Staatspräsidenten Papille Holz diesen Posten bekommen habe. In Berlin würde man für den neuen Reichstag prophesieren, daß die ganze demokratische Reaktion auf einem Rotortrad zur Sitzung fahren könne. Es werde über Hugenberg gelaßt, er sei ein Großkapitalist und Kriegsgewinnler, Hugenberg sei aber ein einfacher und schlichter Mann. Hugenberg sammle sich keine Schätze an. Unter seiner Beeinflussung habe sich das deutsche Zeitungs- und Lichtspielwesen zum Teil von der einschlägigen Richtung abgewendet. Hitler habe es als geschmacklos gefunden, auf einen Gehalt zu verzichten. Es sei die Gefahr da, daß nur der Minister werden kann, der auf seinen Gehalt verzichtet, man solle deshalb diese Röhren lassen. Sozial sei derjenige, der Arbeit schafft und nicht derjenige, der nicht lebensfähige soziale Einrichtungen am Leben erhalte. Hugenberg habe einmal gesagt, „wer sein Volk führen will, muß die Masse seines Volkes lieben, auf deren Nahrungsspielraum und Entwicklung die Zukunft aller beruht“. Kein vernünftiger Mensch würde glauben, daß unsere vollständig ruinierte Wirtschaft in kurzer Zeit wieder herzustellen sei, der Mensch lebe auch nicht vom Brot allein, sondern man brauche innere Lebenskräfte. Der Redner schloß mit dem Worte Bismarcks „man sei nicht auf der Welt, um glücklich zu sein, sondern um seine Schuldigkeit zu tun“.

Herr Silber schloß die Versammlung mit der Aufforderung, alle 5 Deutschnationalen zu wählen. Bei der letzten Wahl hätten die Deutschnationalen einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gehabt, dies müsse diesmal noch mehr der Fall sein.

Generalversammlung des Bezirksobstbauvereins Nagold

In Sulz am Neckar gestern Sonntagnachmittag die aus allen Teilen des Bezirks bestehende Generalversammlung des Obstbauvereins Nagold statt, nachdem am Abend zuvor ebendort im Schulsaal ein Lichtbildvortrag für die Jugend und später für Erwachsene stattgefunden hatte. Die gestrige Generalversammlung im „Lamm“ wurde von Oberamtsbaumwart Walz-Altensteig eröffnet und die zahlreich erschienenen Mitglieder, besonders auch Gartenbauamt Schmelzer-Kupferzell und der Vorstand des Landesvereins, Gutsbesitzer Kleiner, herzlich willkommen geheißen. Der Vorsitzende gedachte dann zunächst des 7. Ausschussmitgliedes Karl Seeger-Rohrdorf, zu dessen Ehren sich die Versammlung von ihren Seiten erhob. Anschließend gab der Vorsitzende einen Jahresrückblick. Er bezeichnete das Obstergebnis 1932 für unseren Bezirk, abgesehen von einigen Orten, die durch Unwetter heimgesucht wurden, als ein außerordentlich günstiges. Durch das Wetter sei die Obstblüte sehr hinausgeschoben worden, was sich bei uns im Schwarzwald immer günstig auswirkte. Das Obst sei aber häufig viel zu früh, ohne daß es ausgereift war, geerntet worden, so daß es teils kaputt wurde oder einschrumpfte. Zahlreiche Landwirte haben viel Geld für ihr Obst einnehmen dürfen. Es sei zu wünschen, daß die vielen Händler und Autounternehmer, die das Obst holten, sich auch in anderen Jahren beim Einleben ihres Bedarfs an unsere Gegend erinnern. Die gute Obsternte habe sich auch für die Baumgärten des Bezirks gut ausgewirkt, denn sie seien alle fast ausverkauft. Trotz aller Belästigungen seien die Neuanpflanzungen der Obstbäume wieder viel zu eng erfolgt, was unbedingt nachteilig sei. Der Redner wies dann darauf hin, daß sich der Obstmarkt in Stuttgart immer mehr einbürgere und gutes Obst dort auch gute Preise erziele. Im übrigen wies der Redner darauf hin, daß die Obstbaumzüchtlinge auch im letzten Obstergebnis wieder sehr am Wert waren und daß ihre Bekämpfung sehr nötig sei. Der Vorsitzende berichtete dann, was im letzten Jahr vom Verein alles zur Förderung des Obstbaues unternommen wurde. Er kündigte dabei das Erscheinen von Anbauverzeichnissen an und eine neue Zählung der Obstbäume, dabei betonte, daß es falsch sei, weniger Obstbäume anzupflanzen; das Finanzamt erhalte keine Kenntnis von der Zählungsergebnisse. In diesem Jahr wolle der Bezirksobstbauverein sein 50jähriges Jubiläum feiern und er habe sich bemüht, aus diesem Anlaß den Würt. Obstbau nach Nagold zu bringen. Die kürzliche Landesversammlung habe sich aber für Herrenberg entschieden, dessen Bezirksverein sein 50jähriges Jubiläum feiere. So müsse man das Jubiläum eben allein feiern. Am Schluß seines Berichtes dankte der Redner allen denen, die ihn als Vorstand unterstützt, die als Funktionäre mitgearbeitet haben und die durch den Besuch der Versammlungen die Obstbaubereitungen unterstützt haben. Schriftführer Siller-Nagold erstattete dann den ausführlichen Rechenschaftsbericht an Hand der Protokolle und Kassier Wüh-Ebhausen den Kassenbericht. Aus letzterem ging hervor, daß das Vereinsvermögen im letzten Jahr eine Abnahme von 163,71

Mark erfahren hat und zwar einerseits durch erhöhte Vereinsleistungen, andererseits aber auch durch das Zurückgehen der Beiträge infolge von Austritten und dadurch, daß man den Mitgliedern der vom Unwetter heimgesuchten Gemeinde Sulz den Beitrag erlassen hat. Der Vorsitzende sprach Schriftführer und Kassier den ihnen gebührenden Dank aus. Von der vorgelesenen Berichterstattung über die kürzlich stattgefundene Landesversammlung wurde abgesehen, da der Schriftführer in seinem Rechenschaftsbericht schon das Wesentliche eingeschlossen hatte. Der Vorsitzende kam aber nochmals kurz auf die Landesversammlung zu sprechen und bedauerte, daß der Bezirksverein keine Vertretung im Landesauschuss habe. Es soll versucht werden, durch Zusammenschluß mit den Nachbarvereinen eine Vertretung im Landesverein zu schaffen. Baumwart Stempfle-Wenden dankte den Funktionären des Vereins, besonders Vorstand Walz und Kassier Wüh, für ihre Bemühungen um den Obstbau. Nun hielt Gartenbauamt Schmelzer aus Kupferzell einen ausgezeichneten Vortrag über Obstbau. In seiner Einleitung gab er der Freude über den guten Besuch der Versammlung Ausdruck und darüber, daß er so viele junge Gesichter sehe. Auch er wies auf die Wichtigkeit der Statistik und auf die Notwendigkeit richtiger Angaben nicht nur beim Obstbau, sondern überhaupt auf allen Gebieten der Landwirtschaft hin. Beim Obstbau müsse man zuallererst dafür sorgen, daß das gepflanzte werde, was man für den eigenen Bedarf brauche. Dann müsse man dafür sorgen, daß keine Einfuhr nötig sei. Man habe keinen Grund, dem Feindbund Geld zuzuführen. Vieles seien zuviel Obstbäume vorhanden. Richtiger sei, reichhaltige Obstbäume zu haben, weniger und dafür gut gepflegt. Das Obstergebnis sei dabei ein viel besseres. Er warnte davon, die Bäume auf den geringsten Boden zu pflanzen, wie man es öfters sehe, auch in Sulz habe er dies beobachtet müssen. Man soll den Bäumen ein gutes Stückchen Erde geben und bedenken, daß sie nächst Jahre Erfolg bringen sollen. Der Redner verbreitete sich dann über Pflanzung, Düngung und Schädlingsbekämpfung etc. und betonte zum Schluß seiner sehr lehrreichen Ausführungen, daß der Obsterlös dem Bauern schon manchemal über schwere Zeiten hinweggeholfen habe und stellte fest, daß wenn man auf dem Gebiet des Obstbaues seine Schulden nicht tue, man dabei auch seine Befriedigung und den Nutzen habe. Vorstand Walz dankte dem Redner für seine ausgezeichneten Ausführungen. Auch Hauptlehrer Wähle dankte ihm namens der Schule für die Lichtbilder, Oberamtsbaumwart Walz und Baumwart Schmelzer für die Unterweisung der Schüler auf einem Rundgang. Nach einer kurzen Ansprache, bei welcher das Nachbarvereinsrecht und das Lager von Tafelobst angegriffen wurde, schloß der Redner mit herzlichem Dank an die zur Versammlung Erschienenen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß das was gehört wurde, vom Wort zur Tat geführt werde. Baumwart Schmelzer-Sulz knüpfte noch Dankesworte dafür an, daß Sulz zum Tagungsort gewählt worden sei und schloß mit dem Wunsch auf ein gutes Obstergebnis.

nahmen auf 425, am 1. 2. 1933 in 3 Maßnahmen auf 37 Arbeitslose zurück. Dieser Rückgang war infolge des Frostes eingetreten. Am 15. 2. 1933 wurden in 14 Maßnahmen wieder 416 Arbeitslose beschäftigt. Von der Gesamtziffer entfallen auf den Oberamtsbezirk

Nagold	6 Maßnahmen mit 103 Arbeitslosen
Herrenberg	3 Maßnahmen mit 49 Arbeitslosen
Horb	2 Maßnahmen mit 130 Arbeitslosen
Freudenstadt	2 Maßnahmen mit 29 Arbeitslosen
Calw	1 Maßnahmen mit 96 Arbeitslosen

Wirtschaftsnot und Berufswahl. Ende März werden im Arbeitsamtsbezirk Nagold 1018 Knaben und 1112 Mädchen aus den Volksschulen entlassen. Im Vorjahre waren es 654 Knaben und 645 Mädchen. Der Abgang an den höheren Schulen läßt sich zahlenmäßig jetzt noch nicht endgültig erfassen. Er betrug im Jahre 1932 134 Schüler und 48 Schülerinnen. Robin führt nun der Weg unserer männlichen Jugendlichen in die Landwirtschaft, vorwiegend in die elterlichen Betriebe, eine zweite ist noch zu unentwickelt, um den Anforderungen des Berufslebens zu genügen. Sie bleibt vorläufig ein Jahr zu Hause, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Eltern gestatten. Die dritte Gruppe aber, versläßt durch die „Gefährigten“ aus dem Vorjahre, drängt zu einer Berufsausbildung. In der gleichen Richtung liegt das Streben der 16-19jährigen Schüler aus den höheren Schulen. Die Frage nach dem Beruf war nie leicht, aber vielleicht nie so schwer wie dieses Jahr. Der Druck der Wirtschaftskrise liegt heute auch unmittelbar auf den Schulentlassenen. Ihre Folgen: Arbeitslosigkeit in allen Berufen, Steigerung der Anforderungen, Sperrung der Laufbahnen, Ueberfüllung der Fach- und Hochschulen haben einen weitverbreiteten Berufspessimismus, der die Berufstüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Nachwuchses bedroht, ausgelöst. Wer vor der Berufswahl steht, soll die Schwierigkeiten des Berufslebens mit aller Deutlichkeit erkennen, sich aber auch bewußt sein, daß die heutige Arbeitsmarktlage nicht als normal und unabänderlich anzusehen ist. Das Eignungsprinzip ist mehr denn je in den Vordergrund zu stellen. Die Berufsausbildung hat auf möglichst breiter Grundlage zu beginnen, dabei sind Berufe zu bevorzugen, die die Möglichkeit vielfältiger Verwendung haben. Mode- und Berlegenheitsberufe führen oft zu großen Enttäuschungen. Die Jugend muß bereit sein, auch ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen und unter Umständen Berufswege einzuschlagen, die sich nicht in staatlich geregelten und alt eingefahrenen Bahnen bewegen. Ein gesunder Optimismus, der die eigenen Kräfte richtig einschätzt und der Wille, sich durchzusetzen, helfen auch heute noch, manche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Zahl der offenen Lehrstellen bleibt in diesem Jahre bei allen Berufen hinter der des Vorjahres erheblich zurück, besonders stark im Metall-, Bau- und Bekleidungsgebiete. Bei einzelnen Berufen führen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen auch die Bestimmungen über die Lehrlingshöchstzahlen zu einer starken Einschränkung in der Lehrlingshaltung. Beim Arbeitsamt sind zur Zeit noch 130 Lehrstellenbewerber, vom Volksschüler bis zum Abiturienten, vorgezogen. Diese Zahl steigt in den nächsten Monaten weiter. Besonders begehrt sind Lehrstellen mit Kost und Wohnung. Nach allem, begünstigtem Handwerkerberuf gehört auch der Lehrling an den Tisch des Meisters. Das Lehrverhältnis ist in erster Linie ein Erziehungsverhältnis. Andererseits nimmt in Handwerkerkreisen die Bereitwilligkeit, Lehrlinge mit Kost und Wohnung aufzunehmen,

mehr und mehr ab. Es ist begreiflich und verständlich, wenn die Handwerker unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen beginnen, bei der Lehrlingshaltung Mittel zu sparen. Lehrherren, die auf Frühjahr oder Herbst 1933 noch eine Lehrstelle zu befehen haben, werden gebeten, soweit dies noch nicht geschehen ist, die Lehrstellen beim Arbeitsamt anzumelden. A.A.

Nagold, 18. Februar. (In aller Stille.) Dieser Tage wurden die sterblichen Reste von Frau Oberregierungsrat Dr. Gugel in aller Stille hier beigesetzt. Die mit 75 Jahren Verlebene ist die Gemahlin des in den Jahren 1899 bis 1892 hier beamteten Oberamtmanns Oberregierungsrat a. D. Dr. Gugel-Frankfurt a. M., der noch bei seinem Sohn, einem höheren Gerichtsbeamten, dortselbst lebt. Die Leichenfeierlichkeiten haben in Frankfurt stattgefunden, lediglich die Beerdigung erfolgte ohne die übliche Begleitung nur im Beisein des katholischen Geistlichen im hiesigen Familiengrab.

Schwenningen, 19. Febr. (Zahlungseinstellung.) Die Fa. Budwert, Chem. Fabrik hier, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Zahlungsschwierigkeiten reichen auf verschiedene Monate zurück. Die Angestellten haben seit etwa 1. Oktober o. J. nur noch kleinere Skontozahlungen bekommen. Am Freitag haben auch die Arbeiter keinen Zahlung erhalten. Sämtlichen Angestellten ist auf 1. April gekündigt worden; eine Kündigung der Arbeiter wird folgen.

Willingen, O.A. Salingen, 19. Febr. (Totaußen.) Der hochbetagte Mauermeister Ludwig Maute von hier ist auf dem Weg von Streichen nach hier plötzlich aus dem Leben geschieden. Ob ein Unfallstoß vorliegt, oder ob er an einem Herzschlag gestorben ist, muß noch festgestellt werden. Am Freitag hat man den Greis tot auf dem Weg nach hier gefunden.

Stuttgart, 19. Febr. (v. Papen kommt.) Bizekanzler v. Papen wird hierherkommen, um im Wahlkampf zu sprechen. Die Versammlung, in der er sprechen wird, findet am 3. März in der Stadthalle statt. Es ist beabsichtigt, seine Rede auf alle Sender zu übertragen.

Kunstreue Hitlers. Der Reichsanwalt wird am 23. Februar in einer Wahlversammlung in Frankfurt a. M. sprechen. Diese Rede wird nicht nur auf den Ortsender, sondern zugleich auch auf den Süddeutschen Rundfunk übertragen werden, um so gewissermaßen die durch den Sabotageakt in Stuttgart verurteilte Sibirung auszugleichen. Es soll denen, die wegen der Verschleierung des Rabels damals die Ausführungen Hitlers nicht hören konnten, Gelegenheit gegeben werden, das nachzuholen.

Willingen, O.A. Ludwigsburg, 19. Febr. (Brand.) In der Grehlischen Mühle brach Freitag nacht Feuer aus. In kurzer Zeit stand der ganze Dachstuhl in Flammen. Bei der Ausdehnung des Brandes wurden noch die Wackerlinien von Ludwigsburg und Kornweilheim zu Hilfe gerufen. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Der Dachstuhl des massiv gebauten hiesigen Gebäudes ist größtenteils zerstört. Auch die moderne Mühleneinrichtung hat sehr stark gelitten.

Marbach, 19. Febr. (Die neue Hochspannungsanlage.) Im Wasserkraftwerk Marbach des hies. Elektrizitätswerks Stuttgart wurden im Laufe des letzten Jahres größere Umbauarbeiten in den elektrischen Anlagen ausgeführt. Die beim Ausbau des Kraftwerks errichtete Hochspannungsanlage war erneuerungsbedürftig geworden. Die neue 10 000 Volt-Anlage wurde in einem Anbau auf der Nordwestseite des Werks untergebracht. Bemerkenswert sind die hier beim hies. Elektrizitätswerk erstmals eingebauten neuartigen Alkojen Hochspannungsschalter.

Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes am 15. 2. 1933 im Arbeitsamtsbezirk Nagold. Am 15. 2. 1933 waren im Arbeitsamtsbezirk Nagold 579 Arbeitsdienstwillige in 17 Arbeitslagern tätig. 67 weibliche Arbeitsdienstwillige waren in drei Arbeitslagern untergebracht. Verteilt auf die einzelnen Oberamtsbezirke ergibt sich folgendes Bild:

Nagold	204 männl., 19 weibl., zu 223, 5 Lager
Calw	33 männl., 22 weibl., zu 55, 3 Lager
Freudenstadt	28 männl., — weibl., zu 28, 1 Lager
Herrenberg	142 männl., 2 weibl., zu 144, 3 Lager
Horb	105 männl., 24 weibl., zu 129, 5 Lager
	512 männl., 67 weibl., zu 579, 17 Lager

Seit Beginn des neuen Jahres wurden neu eröffnet die Lager in Altdulach (Dränung), Biringen (Waldwegbau) und Wachenbühl (Dränung und Feld- und Waldwegverbesserung). In nächster Zeit werden neue Lager eröffnet werden in Calw, Neuweiler, Sulz, Bernack, Dietersweiler und Sulzau. A.A.

Entwicklung der Hilfsarbeiten im Arbeitsamtsbezirk Nagold seit dem 1. Januar 1933. Am 1. 1. 1933 waren insgesamt 11 Maßnahmen 461 Arbeitslose beschäftigt. Am 15. 1. 1933 ging diese Ziffer in 10 Maß-

Vom bayrischen König, 18. Febr. (In die Tiefe.) Als der Landwirt Johann Müller von Oberdorf mit dem Pferdeshlitten am sog. Schwarzen Berg Holz zu Tal schafften wollte, rutschte das Fuhrwerk auf dem hartgetrorenen Boden aus und stürzte samt dem Pferde über eine etwa 40 Meter hohe Wand in die Tiefe. Pferd und Schlitten blieben zertrümmert am Fuß der Schönberger Auh liegen. Der Fuhrmann hatte sich im letzten Augenblick durch Abspringen vom Schlitten retten können.

aus Baden

Oppenau, 17. Februar. (Eine peinliche Entscheidung des Reichsgerichts.) In der letzten Gemeinderatsitzung mußte diesem ertränkt werden, daß die Stadtgemeinde Oppenau bei der Revisioninstanz des Reichsgerichts in Leipzig den Prozeß auf Zahlung einer Entschädigungssumme an die Stadtgemeinde Böhrnbach verloren hat. Der frühere Bürgermeister von Oppenau hat in seiner Dienstzeit die Bürgerrechtsurkunden verschiedener badischer Gemeinden und sonstiger Waldbesitzer dahin amtlich bestätigt, daß der Holzkäufer und die benannten Bürger für die jeweilig angegebene Beträge die Sicherheit bieten würden. Es hat sich das Gegenteil herausgestellt. Mehrere Waldbesitzer haben sich der Klage der Stadt Böhrnbach angeschlossen, wodurch sich die voraussichtliche Schadensersatzleistung einschließlich der Kosten in drei Instanzen auf etwa 145 000 Mark belaufen wird. Die Wirkung für die Umlagejahre ist unübersehbar.

Karlsruhe, 19. Febr. (Zettlungsverbote.) Die in Karlsruher erscheinende kommunistische „Karte Sturmflut“ ist auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Der badische Minister des Innern hat die beiden sozialdemokratischen Zeitungen „Volkstreu“ in Karlsruhe und „Freie Presse“ in Pforzheim auf die Dauer von drei Tagen verboten. Auf Ersuchen des Reichsinnenministers wurde die „Deutsche Bodenzeitung“ in Konstanz auf die Dauer von acht Tagen verboten. Alle Verbote treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Wannheim, 19. Febr. (Reispreiserhöhung.) Die süddeutschen Großmühlen haben, veranlaßt durch die weiteren nicht unerheblichen Preissteigerungen am Brotgetreidemarkt, ihre Reispreise mit Wirkung ab 18. ds. Mts. um 0.50 RM. pro Sad erhöht.

Pforzheim, 19. Febr. (Ferngespräch Pforzheim-Kanada.) Wie der Pforzheimer Anzeiger berichtet, wurde Freitag nachmittag vom Hotel Post aus ein Ferngespräch Pforzheim-Toronto (Kanada) geführt. Das Gespräch wurde von einem Kaufmann aus Kanada um 14.30 Uhr angemeldet und für 18 Uhr bestellt. Pünktlich um die bestellte Zeit wurde dann das Gespräch, das 250 RM. kostete, durch die Vermittlung des deutschen Kurzwelken senders Königswusterhausen durchgeführt. Die Verständigung war außerordentlich gut.

Heidelberg, 19. Febr. (Verbot.) Die hier erscheinende Zeitung „Wälder Vögel“ ist auf Ersuchen des Reichsministers des Innern auf die Dauer von acht Tagen verboten. Die Zeitung brachte am 14. Februar einen Artikel, worin eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung, insbesondere des Reichsfinanzministers erblid wurde.

Aus dem Wahlkampf

Brüning in Eberach

Eberach a. d. N., 19. Febr. Reichsfinanzminister a. D. Dr. Brüning sprach Sonntag mittag 1 Uhr in einer großen Wahlversammlung des Saaltrums in der überfüllten St. Luitpolden als Gäste wohnten der Versammlung der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Enders sowie der österreichische Finanzminister

Die Deutsche Reichspost beabsichtigt im Rechnungsjahr 1933 das DZM. Simmersfeld zu erweitern und gleichzeitig die Freileitungen der an Simmersfeld anschließenden 3-Teilnehmerstellen in Ettmannswiller zu verhalten, wodurch die

Auslegung verschiedener Anschließlabel

in Simmersfeld selbst und entlang der Körperschaftsstraße Simmersfeld-Ettmannswiller bis zum Ortsingang Ettmannswiller notwendig wird. Außerdem ist die Aufstellung von 3 RM. in Simmersfeld und 2 RM. in Ettmannswiller bestehend je aus einer einfachen mit Leiterkisten ausgerüsteten Teleg.-Stange möglichst auf Ormelinde- oder Stroheigentum vorsehen. Durch diese Verhaltungen werden die bestehenden Gefängnisse innerhalb des Orts Simmersfeld, sowie das Gefängnis Altensteig-Engelsterte auf der Strecke Simmersfeld-Ettmannswiller als entbehrlich abgedröck. Das Gefängnis Simmersfeld-Dornweiler wird künftig an Stelle der beiden Seitensteige mit einer Viererreihe ausgerüstet.

Die Pläne sind auf die Dauer von 4 Wochen beim Postamt Altensteig zur Einsichtnahme aufgelegt.

Altensteig, den 16. Februar 1933.

Telegraphenbauamt.

Die Deutsche Reichspost beabsichtigt im Rechnungsjahr 1933 das DZM. Engelsterte zu erweitern und entsprechende

Kabel auszulegen,

die in einer Tiefe von 70-80 cm mit Bohrlöchern oder Tonhauben abgedeckt, verlegt werden. Außerdem ist die Erstellung von 4 RM. bestehend je aus einer einfachen mit Leiterkisten ausgerüsteten Teleg.-Stange möglichst auf Ormelinde- oder Stroheigentum geplant. Weiter soll an der Engmauer am Garteneck des Kurhauses Waldhor ein RB. (kleiner eiserner Kasten) aufgestellt werden. Durch diese Verhaltung werden die Gefängnisse von Eingang Engelsterte Richtung Wildbad bis Mitte Engelst. und das Gefängnis Altensteig-Engelsterte in Richtung Simmersfeld entbehrlich und abgedröck.

Die Pläne sind auf die Dauer von 4 Wochen beim Postamt Wildbad zur Einsichtnahme aufgelegt.

Altensteig, den 15. Februar 1933.

Telegraphenbauamt.

a. D. Mittelberger bei Südrain begründet. Über die Brüning etwa folgendes aus: Dieser Wahlkampf hat nicht nur eine politische Zerstückelung, sondern auch eine Verflechtung der wirtschaftlichen Lage zur Folge. Die Maßnahmen der Regierung dienen mehr autoritären als sachlichen Zwecken. Die jeweilige Parteiregierung will nur die Macht behaupten. Eine Entschärfung der Notverordnungen begehren wir. Die neue autoritäre Regierung wird bis zum Wahltag die Gerendesteile wohl dulden können, aber länger nicht mehr. Der Preis richtet sich immer nach der Kontrakt des Volkes. In den letzten Monaten ist der Fleischkonsum in Deutschland um 17 Prozent geringer geworden wie in den zwei vorhergehenden Jahren. Unsere Fragen an die neue Reichsregierung waren sehr harmlos. Nicht Drogen und Popen regieren, sondern die Nationalsozialisten, die am längeren Arm des Teufels sitzen. Diese Herren mögen vor der Geschichte die Verantwortung übernehmen daß sie ohne Sicherungen die Polizei in Preußen den Nationalsozialisten ausgeliefert haben. Sie tragen auch dafür die Verantwortung daß anstelle der Berufsbeamten Parteifunktionäre, die nicht die entsprechende Vorbildung haben, Staatssekretäre und Polizeipräsidenten geworden sind. Wir geben in einem Wahlkampf, in dem es um endgültige Entscheidungen geht. Ob es nämlich in Deutschland noch eine Freiheit geben soll. Die Regierung hat die Methode, im Rundfunk alles schlecht zu machen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Auf einem Trümmerfeld will sie neu aufbauen. Als alte Soldaten sind wir immer wieder schweigend in die Lücke gesprungen weil der Herr Reichspräsident uns gerufen hat. Wir geben in den Wahlkampf mit derselben Entschlossenheit wie früher. Es geht nicht um die Partei, sondern um Freiheit, Gerechtigkeit und die höchsten Güter unseres lieben Vaterlandes. Dr. Brüning fand für seine Darlegungen ungeheuren Beifall.

Schwere politische Zusammenstöße in Oberdorf a. N.

Oberdorf a. N., 19. Febr. In einer Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in der Bezirksminister Dr. Raier über Württemberg kam es zu heftigen Zusammenstößen. Politische Gegner aus der Umgebung hatten sich in großer Anzahl schon vor Beginn der Versammlung eingefunden; es dauerte geraume Zeit, bis der Redner im Wort sich durchsetzen konnte. Er konnte schließlich seine einseitig einseitigen Ausführungen bis zum Schluß machen. Er unterdrohen durch Särungen, die mehrfach aus Einzelteilen der Polizei notwendig machten. Nach Schluß der Rede kam es zu einem Tumult. Dem den Saal verlassenden Minister wurden Säbde u. a. nachgeworfen und es wurde versucht ihn am Verlassen des Saales zu verhindern. Am Saalausgang kam es bei einem tätlichen Angriff auf Dr. Raier zu einer Schlägerei zwischen Polizei und Nationalsozialisten, bei der es mehrere Verletzungen gab.

Ein junger SA-Mann namens Anton King aus Lauterbach erzielte von einem Vordränger, der das Seitengewehr gezogen hatte, einen Stich in den Kopf und Arm. Die Nationalsozialisten erließen darauf eine neue Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Reiner die für die Diskussion vorgegebene Rede hielt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichsminister a. D. Dr. Spruy Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung. Der Reichspräsident hat den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Friedrich Spruy zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt.

Erfolg der Berliner Automobil-Ausstellung. Die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung wurde in den ersten sieben Tagen von 200 000 Personen besucht. Das ist der größte Erfolg, der bisher jemals einer Berliner Automobil-Ausstellung beschieden war.

Furchtbare Familientragödie. Bei Trebnitz (Schlesien) im Dominium Striehe hat der Invalidenträger Paul Linbenthal seine beiden erwachsenen Söhne Otto und Richard und seine Tochter Emma mit einem Beil erschlagen, das Haus, in dem die Familie wohnte, angezündet und hat dann in einer Scheune erhängt. Der Täter zeigte seit einiger Zeit Anzeichen geistiger Störung.

Raubüberfall auf eine Zweigstelle der Bank von Spanien. Nach einer Meldung aus Algorta überfielen drei Personen die dortige Zweigstelle der Bank von Spanien. Die Räuber festelten und knickelten die Angestellten der Bank und kassierten unter Minahme von 30 000 Peseten. Die Gendarmerie hat einen der Räuber festgenommen, der 15 000 Peseten bei sich hatte. Die beiden anderen sind entkommen.

Sonderkommissar zur Überwachung des Schmuggels im Westen. Wie wir erfahren, ist dem Polizeikommandeur W. der Oberregierungsrat Breh vom Reichsfinanzministerium als Sonderkommissar mit der Aufgabe beigegeben worden, eine einheitliche Überwachung des Schmuggelwesens und der Zollangelegenheiten an der Westgrenze durchzuführen.

Letzte Nachrichten

Politische Schlägerei in Wuppertal

Wuppertal, 19. Februar. In der Nähe des Rathausvorplatzes kam es vormittags zwischen Angehörigen der Eisernen Front und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei und Schlägerei. Soweit festgestellt werden konnte, sind ein Personen durch Schüsse bzw. Schläge verletzt worden. Mehrere Personen wurden dem Krankenhaus zugeführt. Einige schweben in Lebensgefahr.

Politische Zusammenstöße in Erfurt - Ein Toter, Ein Schwerverletzter

Erfurt, 20. Februar. Kurz nach Mitternacht kam es in Erfurt-Nord zu Streitigkeiten zwischen politischen Gegnern. Dabei wurde ein Freiseur durch einen Herzschuß getötet, eine andere Person durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

Zwei Verletzte bei einem politischen Zusammenstoß Bochum, 20. Februar. Am Sonntagabend kam es zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu einem Zusammenstoß, wobei auch einige Schüsse fielen. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Oberarmschuß verletzt, ein Reichsbannermann trug einen Kopfschlag davon.

Schwere politische Zusammenstöße in Doberan Ein Toter, zahlreiche Verletzte

Rostock, 19. Februar. Heute abend kam es in Bad Doberan auf dem Schützenplatz anlässlich eines Reichsbannertreffens, an dem auch Kommunisten teilnahmen, zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die von einem SA-Aufmarsch in Rostock zurückkehrten. Als die beiden Jüge aufeinander trafen, wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Sowie bisher festgestellt werden konnte, mußten zwei Nationalsozialisten und neun Reichsbannerleute schwer verletzt nach Rostock in die Klinik überführt werden. Ein Reichsbannermann ist inzwischen verstorben.

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner Ein Toter

Chemnitz, 19. Febr. Während eines von der NSDAP im benachbarten Erfenschlag heute veranstalteten Umzuges entstand eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Ein Reichsbannermann wurde durch einen Messerschlag so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Ein Nationalsozialist wurde verhaftet.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Arbeitsamt Nagold

sucht dringend Lehrstellen auf Frühjahr oder Herbst 1933. Anmeldungen werden erbeten.

Jüngeres Mädchen

für Vormittags nach Altensteig sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Amtes.

Briefhüllen

mit Aufdruck liefert rasch und billigt die B. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig

Vertretung

gesucht in billigen Schlaf- und Speisezimmern von erst. Vertreter seit 25 Jahren best. eingel. f. Hessen und Neffen-Rosau. B. Eldorf, Frankfurt/ M., Rot edstr. 11



Die Zeitschrift der Erlebnisse Jedes Heft 80 Seiten stark Reich illustriert Preis 50 Pfennig

Verlag Dr. Selle-Eysler A. G. Berlin SO 10

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold

Wir haben uns verlobt

Kamma Kaltenbach

Oscar Rapp

Februar 1933

Suche auf 1. März zwei jüngere, fleißige und eheliche

Mädchen

für Haus- und Landwirtschaft. Auskunft in der Geschäftsstelle des Amtes.

Butterpergamentpapier

Freude ins Haus bringen form-schöne, gute u. billige Möbel von

Möbelwerkstätte Fr. Kohler Altensteig.

Lieferung frei Haus überall hin. Fachmännische Reparaturen und alle Bauarbeiten billigst.

